

Rosenbrock, Rolf

Article — Digitized Version

Ein knapper Sieg über die Vernunft: im Bund vorläufig keine Meldepflicht für AIDS

SPW: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Rosenbrock, Rolf (1987) : Ein knapper Sieg über die Vernunft: im Bund vorläufig keine Meldepflicht für AIDS, SPW: Zeitschrift für sozialistische Politik und Wirtschaft, ISSN 0170-4613, SPW-Verlag, Dortmund, Vol. 10, Iss. 35, pp. 115-117

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112003>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Rolf Rosenbrock

Ein knapper Sieg für die Vernunft

Im Bund vorläufig keine Meldepflicht für AIDS

Die Koalitionsvereinbarung zwischen der CDU/FDP und der CSU läßt die Möglichkeit offen, AIDS als Thema der Gesundheitspolitik — und damit erfolgversprechend — anzugehen. Jede Entscheidung für eine namentliche oder Identifikation erlaubende Meldepflicht würde AIDS zum Gegenstand von Bürgerrechtsauseinandersetzungen machen müssen. Dort aber herrschen andere Regeln. Sie würden der Prävention und Bekämpfung von AIDS nicht gut bekommen und damit die Zahl vermeidbarer Opfer erhöhen.

Die in Bonn nach den Regeln der Minimierung von Gesichtsverlust gefundene Lösung läuft darauf hinaus, daß die überschaubare Anzahl jener Laboratorien, die die Bestätigungstests auf HIV-Antikörper durchführen dürfen, ihre Testergebnisse in demographisch leicht sortierter, aber im Prinzip anonymer Form in Statistiken zusammenfassen und an das Bundesgesundheitsamt (BGA) weiterleiten. Für die wichtigen Forschungsfragen im Umkreis von AIDS bringt dies fast nichts, es schadet allerdings auch nicht. Das kann sich freilich schlagartig ändern, wenn es etwa einem Bundesland oder der Bundesregierung einfällt, durch Rechtsverordnung seuchenrechtliche Maßnahmen in Gang zu setzen, die eine nachträgliche Identifizierung der vorliegenden Befunde rechtens werden lassen. Angesichts der Debatten der letzten Wochen ist man kein Hysteriker, wenn man hier eine latente Gefahr sieht. Ihr ist wirksam zunächst einmal dadurch zu begegnen, daß Mann und Frau sich nicht testen läßt und bei nicht-monogamer Lebensweise beim penetrierenden Verkehr verläßlich den Pariser und als Fixer nur sterile Spritzbestecke benutzt/benutzen läßt. Dann nämlich hat AIDS keine Chance.

Aber auch die leider immer noch vielen, die die Wahrheit dieses einfachen Rat-schlags kognitiv oder emotional bisher nicht bewältigt haben und sich aus ihrer meist seelischen Not in den — für die Prävention sinnlosen — Test flüchten, können der Gefahr einer nachträglichen Identifizierung wirksam entgehen: Es gibt in so gut wie allen großen Städten die Möglichkeit des anonymen Tests. Der Hausarzt kann dagegen wegen Patientenkartei und Kassenabrechnung die Anonymität für die Zukunft legal nicht garantieren, selbst wenn er es will. Die Frage des an symptomlosen Menschen in der Regel sinnwidrigen HIV-Antikörper-Test bleibt auf der Tagesordnung.

Wieso ist diese hauchdünne »Lösung« eines unter gesundheitspolitischen Gesichtspunkten gar nicht existenten Problems namens »Meldepflicht« ein Sieg der Vernunft und damit der Moderne? — Zum einen hätten die diskutierten Alternativen sämtlich einen Schritt in Richtung auf die Barbarei gebracht. Wer den Begriffsnebel um die Meldepflicht durchschaut, der weiß, daß es dabei in allen Varianten um die polizeilich-zwangswise Feststellung von Intimzuständen und Kontrolle von Sexualkontakten geht — womöglich lebenslang und nötigenfalls durch Internierung. Wie man bei solcher staatlich veranstalteten Desorientierung und Vertrauensvernichtung die in jedem Fall notwendige Safer-Sex-Botschaft zeitstabil und flächendeckend über die Rampe bringen will, bleibt, ganz abgesehen von den Bürgerrechtsfragen, das Geheimnis von Leuten, die ihr gesundheitspolitisches Geschäft im Umgang mit Wies'n-Wirten erlernt haben. Solange sie dieses Geheimnis nicht lüften, ist die Vermutung nicht abwegig, daß es diesen Politikern tatsächlich nicht in erster Linie um die Minimierung der Zahl der Kranken und Toten geht, sondern um das Kitzeln eines Tigers, der auf den »inneren Feind« dressiert ist. Erwacht er, so werden demagogisch nutzbare Potentiale freigesetzt und von anderen gesellschaftlichen Konfliktherden abgezogen. Es war dem Tiger in den letzten Jahrzehnten jeweils ziemlich egal, ob es dann konkret um Antisemitismus, Asylanten-»Flut«, Schwulenhatz, Terroristenjagd, Kommunistenverfolgung oder Prostitutionskriminalisierung geht. Der Mechanismus ist gleich: Es werden mit fabulierten Begründungen Berührungsängste erzeugt, die irrationales Verhalten in der eigenen Lebensgestaltung und Ausgrenzungswünsche auf der politischen Ebene auslösen. Das ist ein politisch produzierter Rückfall in die Zeit *vor* der europäischen Aufklärung.

Was jetzt in West-Berlin und im Bundesgebiet ohne Bayern läuft, ist nicht gut und reicht nicht: In Gefängnissen, Drogeneinrichtungen und Krankenhäusern sind im Umkreis von AIDS schlimme Verstöße gegen Vernunft und Humanität zu verzeichnen, die Problemfälle im Bereich von Straf-, Sozial-, Arbeits- und Mietrecht nehmen nicht ab. Die eben erst — zwei Jahre später als möglich — angelaufene Präventionskampagne ist konzeptionell unfertig, viel zu sparsam und bezieht Kompetenzen sowie Potentiale der regionalen AIDS-Hilfen bei weitem nicht genügend ein. Aber dies alles sind Probleme, an denen jetzt weitergearbeitet werden kann. Unter den Bedingungen von Meldepflicht und den daraus zwingend folgenden Repressionsmaßnahmen wäre an anderes zu denken gewesen. Ob der Freistaat Bayern es durchhalten will und kann, praktisch allein den Weg der Gegenaufklärung und Repression zu beschreiten, steht dahin.

Die derzeit allein erfolgversprechende Anti-AIDS-Strategie — die massive, vorurteilsfreie und sensible Propagierung von Paraisern und Einmalspritzen in einer Atmosphäre, die gesellschaftliches Lernen im Intimbereich ermöglicht — ist eine Frage der Vernunft. Wer repressive Strategien vorschlägt, handelt gesundheitspolitisch unvernünftig. Dies gilt auch dann, wenn die Erkrankungsziffern wieder steigen sollten. (Das BGA weist sie für die letzten drei Halbjahre als konstant aus, was kein Grund zur Beruhigung ist.) Gegenüber stehen sich Aufklärung/Zivilisation und Hysterie/Repression. Das ist nur insofern ein Rechts-Links-Konflikt, als die Linke historisch ein ungebrocheneres Verhältnis zur Aufklärung hat als die Rechte, deren Lernfähigkeit man freilich nie unterschätzen sollte. Und so läuft die politische Kluft im Streit über AIDS auch mitten durch die Konservativen, gegenüber stehen sich Aufklärung und Vormoderne. Wer im ZDF im Februar den West-Berliner Senator Fink in offener Feldschlacht gegen den Bayerischen Staatssekretär Gauweiler gewinnen sah, bekam das deutlich vorgeführt. Für diesmal hat die Kraft des besseren Arguments auch innerhalb des konservativen Blocks gesiegt. Unterlegen ist zunächst jene offen reaktionäre Variante des Konservatismus, die lieber über Schuldzuweisungen als Problemlösungen nachdenkt und soziale Ausgrenzung zumindest billigend in Kauf nimmt.

Beunruhigend bleibt, daß die Auseinandersetzung über AIDS politisch hauptsächlich innerhalb der CDU/CSU geführt wird. Die anderen — SPD, GRÜNE, FDP — stehen in dieser wichtigen Auseinandersetzung noch eher abseits und suchen wohl noch ihr eigenes Profil. Eine realistisch auf das Gesundheitsproblem AIDS bezogene Anwendung ihrer je eigenen Traditionen der Aufklärung, der Bürgerrechte und der Solidarität könnte ihnen dabei rasch weiterhelfen.